

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie Herr Wierzba

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-62 72
Fax (0202) 563-85 73
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Datum 24.04.2015

Drucks. Nr. VO/1401/15
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
06.05.2015	Hauptausschuss
11.05.2015	Rat der Stadt Wuppertal

Antrag – Alternativstandort für Forensik zur Prüfung vorschlagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jung,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Rat möge am 11. Mai 2015 beschließen:

„Die Verwaltung schlägt dem Landesministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen als möglichen Standort für eine neu zu errichtende forensische Klinik auf Wuppertaler Stadtgebiet das Gelände der Justizvollzugsanstalt-Vohwinkel Simonshöfchen zur Prüfung vor.“

Begründung:

Um dem Vorwurf des so genannten St. Florian-Prinzips wirksam entgegen zu treten, erscheint es aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten als sinnvoll, der Landesregierung NRW für die Realisierung einer forensischen Klinik einen Alternativstandort zu dem der Bereitschaftspolizei auf Lichtscheid vorzuschlagen.

Die Justizvollzugsanstalt-Vohwinkel Simonshöfchen ist stark sanierungsbedürftig und es besteht nach Auskunft der Anstaltsleitung ein stetig größer werdender Sanierungsstau. Die Einrichtung insgesamt gilt als überaltert und steht teilweise leer. Ein Abriss mit anschließendem Neubau der Anstalt könnte sinnvoll sein.

Das Gelände gehört dem Land und die Infrastruktur ist vollständig gegeben. Durch die Parkflächen und die ebenfalls nicht mehr zeitgemäßen und teils leerstehenden Gebäude der Justizbediensteten im Westen des Areals ist der Standort unproblematisch erweiterbar, so dass

er von der Gesamtgröße her ausreichen dürfte, um sowohl JVA als Forensik beheimaten zu können. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein zentral platzierter Versorgungstrakt mit Küche u.a. von beiden Einrichtungen gleichermaßen genutzt werden kann. Damit lassen sich Synergien erzeugen, die wirtschaftlich von großem Interesse sein können.

Das Landesministerium für Gesundheit sollte daher intensive Gespräche mit dem Landesministerium für Justiz führen, um auszuloten, inwieweit eine solche Realisierung möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schmidt
- Fraktionsvorsitzender -